



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger, Gabriele Triebel, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Susanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die Zukunft unserer Kinder – 3000 zusätzliche
Lehrkräfte für Bayerns Schulen
(Kap 05 04 Tit. 422 01)**

Drs. 19/9020

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 05 04 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten) für das Jahr 2026 von 118.022,0 Tsd. Euro um 50.691,7 Tsd. Euro auf auf 168.713,7 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 05 04 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten) für das Jahr 2027 von 158.776,1 Tsd. Euro um 186.696,75 Tsd. Euro auf 345.472,85 Tsd. Euro erhöht.

Im Stellenplan werden in Kap. 05 21 im Tit. 422 01c) (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte), Unterrichtsversorgung und Verbesserungen im Schulbereich) für das Jahr 2026 1.925 Stellen der BesGr. A 13 (Lehrer, Lehrerinnen) neu ausgebracht.

Davon sind mindestens 500 Stellen für Mittelschulen und 325 Stellen für Grund- und Förderschulen für den Aufwuchs der Lehrerwochenstunden für den gebundenen Ganzttag um jeweils drei Lehrerwochenstunden vorzusehen.

100 Stellen sind für Grund-, Mittel- und Förderschulen zum Abbau der Unterrichtsverpflichtung von Schuldirektorinnen und Schuldirektoren vorzusehen.

Im Stellenplan werden in Kap. 05 21 im Tit. 422 01c) (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte), Unterrichtsversorgung und Verbesserungen im Schulbereich) für das Jahr 2027 1.075 Stellen der BesGr. A 13 (Lehrer, Lehrerinnen) neu ausgebracht.

Davon sind mindestens 500 Stellen für Mittelschulen und 325 Stellen für Grund- und Förderschulen für den Aufwuchs der Lehrerwochenstunden für den gebundenen Ganzttag um jeweils drei Lehrerwochenstunden vorzusehen.

100 Stellen sind für Grund-, Mittel- und Förderschulen zum Abbau der Unterrichtsverpflichtung von Schuldirektorinnen und Schuldirektoren vorzusehen.

Begründung:

Der Sparkurs der Staatsregierung wirkt sich fatal auf das Bildungssystem aus. Ein Stellenmoratorium im Jahr 2026 ist angesichts der demografischen Entwicklung und der aktuellen Herausforderungen unverantwortlich. Auch die für 2027 vorgesehenen 1.500 Stellen sind angesichts steigender Schülerzahlen, der Inklusionsaufgaben und des ab 2026 geltenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Um die Unterrichtsversorgung nicht nur zu verwalten, sondern qualitativ zu sichern, sind insgesamt deutlich mehr neue Vollzeitstellen notwendig. Darum fordern wir 3.000 weitere Stellen für den Doppelhaushalt. Diese Investition ist dringend geboten und muss gezielt eingesetzt werden:

1. Fokus Mittelschule: Diese Schulart ist vom Lehrkräftemangel besonders hart getroffen. Prognosen zeigen eine Deckungslücke von über 500 Lehrkräften an Mittelschulen bis 2027. Dieser Antrag steuert gegen: Wir fordern 500 zusätzliche Stellen gezielt für die Mittelschule, um die Unterrichtsversorgung zu sichern,
2. Qualitätsoffensive für den gebundenen Ganztag: Der gebundene Ganztag ist ein entscheidender Schlüssel für mehr Bildungsgerechtigkeit, individuelle Förderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die derzeitige personelle Ausstattung reicht jedoch nicht aus, um dem pädagogischen Anspruch gerecht zu werden. Oftmals verkommt der Ganztag zur reinen Betreuung, weil Zeit für echte Rhythmisierung und Differenzierung fehlt. Zudem greift ab 2026 der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter, was die Nachfrage weiter erhöhen wird. Zudem umfasst der Rechtsanspruch eine Betreuung an fünf Tagen pro Woche, während der gebundene Ganztag bisher meist auf vier Tage (Montag bis Donnerstag) beschränkt ist. Um auch den Freitag pädagogisch hochwertig und verlässlich abzudecken, ist die Erhöhung der Lehrerwochenstunden zwingend erforderlich.
3. Entlastung der Schulleitungen: Die Stundenausstattung der Schulleitungen entspricht dem Bild einer Lehrkraft, die zusätzlich zu ihrem Unterricht, quasi im Nebenjob, eine Schule leitet. Dies wird der Realität an Schulen schon längst nicht mehr gerecht. Die Leitung einer Schule ist eine anspruchsvolle, komplexe und sehr zeitaufwändige Aufgabe. Die Verwaltungs- und „Management“-aufgaben nehmen zu, man denke nur an den Aufbau der Ganztagsangebote, die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern oder die Aufgaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung oder ungleichen Bildungschancen. Doch in erster Linie ist Schulleitung die pädagogische Leitung einer Schule. Dies bedeutet Organisation von pädagogischen Prozessen, das Anstoßen von Entwicklungen und nicht zuletzt die „Führung“ eines pädagogischen Teams.

Wer an Lehrkräften spart, spart an der Zukunft. Bayern braucht kein „Weiter so“ der Mangelverwaltung, sondern eine echte Bildungsoffensive.